

wichtige Entwicklung für die Zukunft sind wir nun also auch für den Jugendsektor und den Kultursektor eingetreten. Diesbezüglich werden wir neue Wege beschreiten.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Albert Camus: „Die wahre Großzügigkeit der Zukunft gegenüber besteht darin, in der Gegenwart alles zu geben.“ Dazu ist diese Regierung bereit, und ich bitte das Parlament, dem Haushalt zuzustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)

DER PRÄSIDENT: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Tagen interessante, spannende und mitunter aufregende Haushaltsdebatten erlebt. Kollege Balter hat sogar regelmäßig den Blutdruck der Regierungsmitglieder überprüft. So viel präventive Fürsorge tut natürlich gut, Herr Kollege.

Einige Redebeiträge, sowohl aus den Reihen der Mehrheit als auch aus den Reihen der Opposition, habe ich als kritisch und konstruktiv empfunden. Da wurden Schwachstellen kritisiert, Forderungen erhoben und Vorschläge gemacht. So stelle ich mir eine gesunde Streitkultur vor.

Andere Redebeiträge wiederum waren ganz offensichtlich geprägt von einer fehlenden Aktenkenntnis und von falschen Zahlen. Einige haben die Haushaltsdokumente offenkundig nicht gelesen. Aber auch das ist natürlich im Parlament erlaubt.

In den letzten Tagen ist mir aber vor allem eines aufgefallen: Diejenigen, die uns vorgeworfen haben, zu wenig zu sparen, haben uns gleichzeitig vorgeworfen, zu viel zu sparen. Dieselben Mitglieder dieses Hauses, die uns vorwerfen, zu viel Geld auszugeben, werfen uns gleichzeitig vor, zu wenig Geld auszugeben.

Ich möchte das am Beispiel der CSP-Fraktion kurz verdeutlichen: Am Montag hat Kollege Frank uns in seiner allgemeinen Stellungnahme erklärt, es müsse noch sehr viel mehr gespart werden. Er meinte sogar, die Deutschsprachige Gemeinschaft müsse aufpassen, dass sie nicht dazu beitrage, die nächste Finanzkrise auszulösen. Ich wusste gar nicht, dass wir einen so großen Einfluss auf die weltweiten Kapitalmärkte haben.

Interessant ist natürlich, was die CSP zu den einzelnen Organisationsbereichen, zu den einzelnen Haushaltsposten konkret vorgeschlagen hat. Derselbe Kollege Frank ist etwa eine Stunde, nachdem er massive Ausgabenkürzungen gefordert hatte, erneut ans Rednerpult getreten, diesmal, um den Kulturhaushalt zu bewerten. Und was hat derselbe Kollege Frank da gesagt? Nun, Kollege Frank kritisierte, es würde zu viel gespart, und er schlug vor, die Ausgaben des Kulturhaushalts deutlich zu erhöhen. Er forderte mehr Geld für die Kulturpolitik, er forderte mehr Geld für die Medienpolitik, er forderte insbesondere höhere Ausgaben für den Belgischen Rundfunk, für den Direktor, das Personal und die Recherchearbeit, um nur einige Beispiele zu nennen. Selbstverständlich forderte er auch, den Gemeinden mehr Geld zu geben.

Am Dienstag kommentierte dann seine Fraktionskollegin Creutz den Organisationsbereich Unterricht und Beschäftigung. Was hat sie da konkret vorgeschlagen? Zunächst kritisierte sie, es würde zu viel gespart, und schlug dann vor, die Mittel für diesen Haushaltsbereich deutlich zu erhöhen: mehr Geld für die Lehrergehälter und mehr Geld für die Beschäftigungspolitik. Etwa eine Stunde danach kam der Auftritt des letzten Redners der CSP zu diesem Haushalt. Da kam der Auftritt von Kollege Patrick Meyer. Herr Meyer hat den Vogel endgültig abgeschossen.

Ich habe Sie von diesem Stuhl aus genau beobachtet und war geneigt zu glauben, Ihnen könnten bei jedem weiteren Wort, jeder weiteren Minute die Euroscheine förmlich aus dem Mund fallen. Ich bin jedenfalls mit dem Notieren nicht mehr nachgekommen; so schnell ging das mit ihren Forderungen: mehr Geld für die ÖSHZ, mindestens 290.000 Euro pro Jahr; sehr viel mehr Geld für die Sozialpolitik; mehr Geld für die Dienststelle für Personen mit Behinderung, für das Snoezelen, für die Freizeitprojekte; sehr viel mehr Geld für die Seniorenpolitik, für die Altenheime und natürlich mehr Geld für das betreute Wohnen; mehr Geld für die Impfungen; mehr Geld für Beschäftigte im nicht kommerziellen Sektor - am besten alle Forderungen der Gewerkschaften erfüllen; und natürlich möglichst viel Geld für die Zukunftsprojekte im Sozialbereich, um nur einige Beispiele zu nennen. Ich sagte bereits, ich bin mit dem Notieren nicht mehr nachgekommen.

HERR MEYER (*aus dem Saal*): Das alles sind Maßnahmen, die Sie streichen!

HERR PAASCH, Minister: Kurzum, Kollege Meyer, Sie schlagen eine deutliche, massive Erhöhung des Sozial- und Gesundheitshaushalts vor. ... Was soll man nun von diesen Redebeiträgen der CSP-Fraktion halten? Einerseits fordert die CSP deutliche Ausgabenkürzungen; andererseits fordert sie, natürlich mit Ausnahme der Ausgaben der Regierung, in allen Zuständigkeitsbereichen und Haushaltsprogrammen deutliche Erhöhungen. Eine solche Vorgehensweise, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP, ist weder kohärent noch glaubwürdig. Ihnen geht es ganz offensichtlich nur darum, es jedem recht zu machen, jede Interessengruppe zu bedienen und jedem zu sagen, was er hören will. Wer Einsparungen fordert, dem geben Sie recht, wer das Gegenteil fordert, dem geben Sie auch recht. Mit dieser Einstellung - das müssen Sie zugeben - ist kein Staat zu machen.

Berechtigt ist aber aus meiner Sicht die Forderung aller Redner, auch und gerade beim Sparen, auch und gerade in Krisenzeiten Prioritäten festzulegen. Und genau das tut diese Regierung, und zwar nicht zuletzt zugunsten von Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung. Der Unterrichts-, Ausbildungs- und Beschäftigungshaushalt ist die finanzpolitische Priorität dieser Regierung, sowohl bei den laufenden Ausgaben als auch im Infrastrukturplan. Wir investieren im Jahre 2011 zusätzlich zum Infrastrukturplan 101,8 Millionen Euro in diese Bereiche. Das sind 57 % aller laufenden Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das sind 1,6 Millionen Euro mehr als im Jahre 2010, trotz sinkender Schülerzahlen.

Wir nutzen dieses Geld unter anderem, um mehr als 2.000 Gehälter im Unterrichtswesen und mehr als 800 Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen abzusichern. Insgesamt finanzieren wir mehr als 2.800 Gehälter alleine in diesen Bereichen. Und wer behauptet, es sei einfach, geradezu selbstredend gewesen, alle diese Stellen abzusichern, der hat offenkundig Probleme mit seinem Kurzzeitgedächtnis, der hat offenkundig vergessen, dass wir vor Kurzem die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren erlebt haben.

Diese Krise hat auch die Deutschsprachige Gemeinschaft empfindlich getroffen. Die Arbeitslosenzahlen sind im letzten Jahr deutlich gestiegen, die Kurzarbeitstage haben sich vervielfacht und die Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sanken damals innerhalb kürzester Zeit im Vergleich zum Ursprungshaushalt um fast 10 Millionen Euro. In einer solch dramatischen Situation auf größere Einsparungen im mit Abstand größten Ausgabenbereich unserer Gemeinschaft zu verzichten, in einer solchen Situation alle Stellen im Unterrichtswesen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die krisenbedingte Neuverschuldung auf ein absolutes Minimum zu begrenzen, das war alles andere als einfach, das war sogar eine wahrhaft große Herausforderung.

Herr Präsident, Sie müssen nach links schauen. Da möchte jemand eine Bemerkung machen.

(Allgemeines Gelächter)

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Wie viel Prozent der 4.000 Beschäftigten sind verbeamtet bzw. ernannt?

HERR PAASCH, Minister: Ich kann Ihnen das sehr genau sagen. Im Unterrichtswesen sind von den 2.000 Personen - in Wirklichkeit sind es 2.200, wenn ich die BVA-Kräfte hinzurechne - etwa 60 % ernannt und 40 % zeitweilig beschäftigt.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Die 60 % sind somit ohnehin zu 100 % abgesichert.

HERR PAASCH, Minister: Ja, die 40 % aber nicht. Das sind, auf 2.000 hochgerechnet, immerhin 800 Personen. So gut können wir noch rechnen. Im Gegensatz zu anderen Regionen in Europa haben wir keine Stellen gestrichen und auch keine Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst vorgenommen. Im Gegenteil, wir haben sogar inmitten dieser weltweit größten Krise das Dekret zur Aufwertung des Lehrerberufs zu 90 % umgesetzt.

Frau Kollegin Rotheudt und auch Kollege Velz haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in diesem Schuljahr sogar zusätzliche Stellen geschaffen haben - trotz der Finanzsituation. Wir haben beispielsweise zusätzliche Lehrpersonen im Sekundarschulwesen eingestellt, wir haben zusätzliche Frühlingsschulen in den Kindergärten geschaffen. Dem Zentrum für Förderpädagogik wird zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt; die Anzahl der Integrationslehrer, auf die Kollege Braun hingewiesen hat, wurde erhöht. Zusätzliche Mittel wurden bereitgestellt für die Einführung von Middle-Management-Strukturen, für Lese-Rechtschreibförderung, für Gewaltprävention, für die Umsetzung des Förderdekrets und ganz besonders für die Erstausbildung und Weiterbildung von Lehrpersonen. Mir ist aber bewusst, Kollege Velz, dass das alles noch nicht ausreicht. Wir müssen z. B. an einer flächendeckenden Einführung von erweiterten Schulleitungsstrukturen arbeiten und müssen den Lehrerberuf noch attraktiver machen, auch für Quereinsteiger.

Aber, Frau Kollegin Creutz, zu behaupten, in diesem Zuständigkeitsbereich würde 2011 schmerzhaft gespart, ist schon fast eine Frechheit. Zu behaupten - ich zitiere aus Ihrer Rede -, „selten haben wir die Auswirkungen des Sparwillens der Regierung gespürt wie in diesen Jahren“, das ist schon eine besonders dreiste Verdrehung der Tatsachen. Ich habe Ihre Rede, die Sie mir dankenswerterweise schriftlich ausgehändigt haben, noch einmal nachgelesen und muss Sie wirklich beglückwünschen. Ihnen ist etwas sehr Seltenes gelungen. In diesem Dokument stimmt keine einzige Zahl. Keine einzige Zahl, die Sie hier genannt haben, stimmt. Keine einzige! Das bedeutet: Entweder haben Sie den Haushalt nicht wirklich gelesen, was ich zu Ihrer Ehrenrettung nicht ausschließen möchte, oder aber - und das wäre sehr viel schlimmer - Sie streuen den Menschen bewusst Sand in die Augen.

So haben Sie z. B. behauptet, bei der Lehrerausbildung würde gespart. Das Gegenteil ist wahr: Wie haben diesen Posten sogar über einen Sonderzuschuss um 150.000 Euro erhöht. Das müssten Sie eigentlich wissen, Frau Kollegin. Genau, wie Sie wissen müssten, dass der laufende Beschäftigungshaushalt nicht, wie Sie behaupten, um 320.000 Euro gekürzt, sondern in Wahrheit um 107.000 Euro erhöht wurde. Ich habe mich gefragt, wie Sie wohl auf diese Kürzung in Höhe von 320.000 Euro gekommen sein könnten. Ich glaube es mittlerweile herausgefunden zu haben. Um an diese falsche Zahl zu kommen, haben Sie einen doppelten Kunstgriff anwenden müssen. Zunächst haben Sie vermutlich laufende Ausgaben mit Infrastrukturausgaben verwechselt und darüber hinaus haben Sie die Verpflichtungs- mit den Ausgabeermächtigungen verwechselt.

Wenn ich Ihrer Logik folgen würde, müssten wir das soeben errichtete Gebäude für R'cycl, das teilweise über den Beschäftigungshaushalt 2010 abgerechnet wurde, nächstes Jahr noch einmal bauen und noch einmal bezahlen. Da sehen Sie mal, wohin solche Kunstgriffe führen können. Der Haushalt wurde erhöht und nicht gekürzt. Punktum!

Außerdem haben Sie, Frau Kollegin, erneut sinngemäß und implizit behauptet, mit dem Rahmenplandekret wollten wir die innerschulische Lernplanung, die Eigenverantwortlichkeit von Schulen einschränken. Das Gegenteil ist wahr. Haben Sie

eigentlich einmal überprüft, was dazu in dem von Ihnen kritisierten Dekret steht? Ich lese Ihnen das einmal vor: „Rahmenpläne beabsichtigen auch, den Schulen einen großen Freiraum für die innerschulische Lernplanung zu gewähren. Sie stehen keineswegs im Gegensatz zur Eigenverantwortlichkeit der Schulen und der professionellen Verantwortung des Lehrers. Sie werden den Unterricht nicht in ein enges Korsett zwingen, sondern pädagogische Freiheiten ermöglichen. Rahmenpläne legen die Ziele fest, jedoch den Weg dorthin - die methodisch-didaktische Unterrichtsgestaltung, die genaue Einteilung der Lernzeit beispielsweise - bestimmen die Schulen. Durch die Festlegung verbindlicher Ziele werden Voraussetzungen für mehr Eigenverantwortung der Schulen geschaffen.“ Das und nichts anderes steht in diesem Dekret. Also behauptet Sie nicht immer das Gegenteil!

Aber ich gebe Kollege Braun recht und damit selbstkritisch zu: Unsere Reformen werden mancherorts als zusätzliche Belastung empfunden. Das gilt für die Rahmenpläne und noch mehr für die Curricula. Viele Lehrpersonen machen sich in der Tat Sorgen und fühlen sich überfordert. Und das müssen wir sehr ernst nehmen. Die Ziele unserer Reformen sind tatsächlich noch nicht bei allen angekommen. Ich stimme Ihnen deshalb ausdrücklich zu, Herr Braun: Wir müssen unsere Kommunikation verbessern; es muss uns gelingen, die Lehrpersonen mitzunehmen. Wir dürfen unsere Schulen nicht alleine lassen. Wir müssen sie unterstützen, wir müssen ihnen auch die notwendige Zeit für die Umsetzung von Reformen zugestehen, und da, wo das notwendig ist, auch schon mal den Druck aus dem System nehmen.

Ich glaube, Kollege Braun, Sie werden nicht bestreiten, dass ich mir Mühe gebe, das zu tun. Aber ich bestreite meinerseits auch nicht, dass wir noch sehr viel besser werden müssen. Ich bin auch gerne bereit, Ihren Vorschlag aufzugreifen und im Ausschuss, in vertraulichem Rahmen, über das Burn-out-Problem zu diskutieren.

Und weil Sie danach gefragt haben, Kollege Braun, wiederhole ich hier: Das Ziel unseres bildungspolitischen Gesamtkonzepts besteht darin, die Unterrichtsqualität zu verbessern und die Bildungsgerechtigkeit zu erhöhen. Sie können der PISA-Studie übrigens entnehmen, dass wir mittlerweile in der Hitparade der bildungsgerechtesten Regionen weltweit, in der ganzen OECD, den dritten Platz einnehmen, weit vor der Französischen Gemeinschaft, weit vor der Flämischen Gemeinschaft und sogar vor Finnland. Aber nichtsdestotrotz bleibt noch viel zu tun.

Ich kann angesichts der begrenzten Redezeit nicht auf alle Einzelheiten zu diesem Gesamtkonzept eingehen, deshalb nenne ich nur vier Stichworte: Erstens brauchen wir einheitliche Bildungsstandards in Form von Rahmenplänen für alle Schulen als Grundlage für einen kompetenzorientierten Unterricht und einen kohärenten Unterrichtsaufbau. Zweitens, bei der Umsetzung der Rahmenpläne dieser Standards müssen wir den Schulen ein Maximum an Eigenverantwortung und Autonomie zugestehen. Drittens ist es unsere Aufgabe und Pflicht, die Resultate der Schulen und der Schüler auf der Grundlage von objektiven Kriterien zu überprüfen. Deshalb führen wir Instrumente der externen Evaluation ein. Viertens, wir müssen die materiellen Rahmenbedingungen in und für unsere Schulen verbessern.

Mir ist bewusst, dass die materiellen Rahmenbedingungen noch verbesserungswürdig sind. Ich bedaure natürlich, liebe Kollegen der CSP, dass wir zurzeit wegen der internationalen Finanzkrise und der gesunkenen Einnahmen nicht in der Lage sind, zusätzliche lineare Gehaltserhöhungen vorzunehmen. Aber erstens bitte ich Sie zu beachten, dass wir in diesem Bereich bereits einige Fortschritte gemacht haben, und zweitens empfehle ich Ihnen einen kurzen Blick in den Rest der Welt. Ich will gar nicht von Irland, Griechenland, Spanien oder Portugal reden. Ein Vergleich mit Deutschland, den Niederlanden oder mit Frankreich reicht völlig aus, um festzustellen: Überall wird im öffentlichen Dienst gespart, zum Teil sogar sehr massiv. Vielerorts werden Stellen

gestrichen. Wir haben unsererseits alles getan, um eine solche Situation in unserer Gemeinschaft zu verhindern. Wir sind froh, dass das uns gelungen ist.

In dieser angespannten Situation in Europa auch noch zusätzliche Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten im Unterrichtswesen und im Ministerium zu fordern, wie Sie das tun, erscheint mir dann doch ein wenig übertrieben und auch nicht realistisch. Wir leben hier schließlich nicht im Schlaraffenland und wir sind auch keine Insel. Einige unserer Gehaltskategorien liegen zurzeit über denen der Französischen Gemeinschaft, andere aber, das bestreite ich nicht, liegen im höchsten Dienstalter bis zu 0,9 % darunter.

Man sollte aber auch nicht vergessen, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schon einige Vorteile gibt, die es anderswo nicht gibt. Herr Velz hat einige Beispiele genannt. Vor allem sollten wir nicht vergessen, dass wir gemeinsam beschlossen haben, die Einstiegsgehälter in der Deutschsprachigen Gemeinschaft progressiv zusätzlich zum Index um immerhin 10 % zu erhöhen. Das ist deutlich mehr als in den beiden anderen Gemeinschaften.

Laut einer an der Universität Lüttich erstellten Studienarbeit gibt es in Belgien keine Gemeinschaft, die so viel Geld pro Schüler investiert wie die Deutschsprachige Gemeinschaft. Derselben Studie zufolge werden in keiner Gemeinschaft im Verhältnis zur Schülerzahl so viele Lehrpersonen beschäftigt wie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das bedeutet, dass anderenorts in Belgien die Klassen im Durchschnitt größer sind als bei uns. Wenn wir über die Belastung von Lehrpersonen sprechen, spielt dieses Element sicher auch eine Rolle. Dem Unterrichts-, Ausbildungs- und Beschäftigungshaushalt wird also bei den laufenden Ausgaben eine besondere Priorität eingeräumt, auch wenn noch viel zu tun bleibt.

Dasselbe gilt auch für die Infrastrukturpolitik. Wir werden bis 2012 173 Millionen Euro in den Schulbau investieren. 81 % unserer Infrastrukturzuschüsse der nächsten Jahre fließen in Schulen und Ausbildungsstätten, in Gemeindeschulen, in freie Schulen und in Gemeinschaftsschulen. Warum tun wir das? Weil wir zum Beispiel von Lehrpersonen nicht erwarten dürfen, dass sie differenziert, individualisiert und jahrgangsübergreifend unterrichten, wenn die dafür notwendigen Räumlichkeiten fehlen; weil wir keinen Musikunterricht verlangen können, wenn die hierfür notwendigen Fachräume fehlen; weil wir nicht von Lehrpersonen erwarten können, dass sie im Team zusammenarbeiten, wenn ihnen hierfür keine Lehrerzimmer und keine Versammlungsräume zur Verfügung stehen. Guter Unterricht braucht gute Infrastrukturen. Das ist eine Binsenwahrheit. Und deshalb, da hat Kollege Dannemark vollkommen recht, ist jede Investition in die Steine einer Schule gleichzeitig auch eine Investition in die Menschen, die in dieser Schule lehren, lernen und arbeiten.

Zu diesem Schulbauprogramm gehört natürlich auch das PPP-Verfahren, mit dem wir bekanntlich acht Schulen an drei Standorten sanieren bzw. neu bauen wollen. Insgesamt handelt es sich um eine Bruttogeschosfläche von 63.373 m². Der Unterrichtsausschuss hat sich mehrmals mit den Schulleitern getroffen und alle Standorte besichtigt. Alle Ausschussmitglieder, aus Mehrheit und Opposition, waren sich einig: Alle von diesem Projekt betroffenen Schulen müssen unbedingt saniert bzw. neu gebaut werden, denn sie befinden sich zum Großteil in einem desolaten, ja baufälligen Zustand. Wir verpulvern dort Unmengen an Energie. Alleine im Königlichen Athenäum von Eupen waren es letztes Jahr 180.000 Liter Heizöl! Wir müssen jedes Jahr notdürftige Instandsetzungsarbeiten durchführen, um im wahrsten Sinne des Wortes zu verhindern, dass mancherorts Wandteile oder sogar Decken einstürzen. Alle RTG-Gebäude gehören unbedingt und dringend abgerissen. Ich denke, davon sind alle Ausschussmitglieder überzeugt. Betroffen sind zurzeit etwa 4.400 Schüler und mehrere Hundert Lehrpersonen.

In 25 Jahren werden in diesen Schulen voraussichtlich mehr Kinder und Jugendliche ausgebildet worden sein, als die Deutschsprachige Gemeinschaft heute Einwohner hat. Es besteht also Handlungsbedarf. Diese Schulen jetzt nicht in Ordnung zu bringen, das wäre fahrlässig und zudem auch noch eine Geldverschwendung, weil wir dann Millionen Euro in

eine notdürftige Sanierung baufälliger Bausubstanz investieren müssten, die ohnehin abgerissen werden muss.

Deshalb hat die Regierung nach ausführlicher Überprüfung aller Umstände, nach mehreren Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vor einiger Zeit entschieden, ein PPP-Verfahren auf den Weg zu bringen, um all diese Schulen innerhalb von wenigen Jahren instand zu setzen. Das Parlament hat sich im Mai 2010 mit breiter Mehrheit und mit Zustimmung der CSP für dieses Projekt ausgesprochen. Hierfür gab es sowohl finanztechnische als auch und vor allem logistische Gründe. Dieser Entscheidung lag nicht zuletzt die Feststellung zugrunde, dass eine zeitliche Staffelung der einzelnen Arbeiten nicht sinnvoll und auch nicht möglich ist. Auf die Einzelheiten gehe ich heute nicht ein. Ich möchte heute lediglich kurz auf drei Teilaspekte eingehen, die am Dienstag von mehreren Rednern angesprochen wurden: die Transparenz, das Verfahren und letztlich die Kosten.

Zur Transparenz: Ich behaupte und kann belegen, dass wir im Rahmen der vergaberechtlichen Möglichkeiten und im Rahmen des gesetzlich Erlaubten ein absolutes Maximum an Transparenz gewagt haben. Wir haben uns laut der parlamentsinternen Statistik mehr als 75-mal in diesem Parlament mit dem PPP-Verfahren beschäftigt. Wir haben uns im Ausschuss sehr oft mit diesem Vorhaben, mit den Beanstandungen der EU-Kommission und mit den Kosten beschäftigt.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Alle Ausschussmitglieder aus Mehrheit und Opposition kennen alle - ich betone „alle“ - relevanten Zahlen. Ich sage das deshalb, weil am Dienstag der Eindruck entstehen konnte, wir hätten irgendwelche Zahlen nicht bekanntgegeben oder sie gar verschwiegen. Nein, die Ausschussmitglieder kennen alle Zahlen. Sie kennen die Investitionskosten für den Bau und die Ausstattung; sie wissen, wie hoch die jährliche Belastung bis zum Jahre 2038 - also bis zum Ende der Laufzeit - sein wird; sie wissen auch, wie viel Geld für Energieverbrauch, Reinigung und Unterhalt aufgebracht werden muss.

Den Ausschussmitgliedern ist ein detaillierter Einblick in alle relevanten Zahlen des Angebots gewährt worden. Wir haben lediglich darauf verzichtet, Ihnen eine Kopie dieses Angebots auszuhändigen, und zwar aus einem einzigen Grund, den Sie alle kennen: Wir dürfen diese Zahlen zurzeit nicht öffentlich machen; das verbietet das Vergaberecht. Trotzdem konnten Sie alle Zahlen mitschreiben. Kollege Braun hat auf jeden Fall bewiesen, dass das möglich war. Ich habe seinen Zettel gesehen, und alles, was er notiert hatte, stimmt. Wir haben uns allerdings parteiübergreifend informell darauf verständigt, über diese Zahlen nicht öffentlich zu diskutieren, um das Vergabeverfahren nicht zu gefährden. Ich danke allen dafür, dass Sie sich alle daran gehalten haben. Aber so zu tun, als seien diese Zahlen nicht mitgeteilt worden, ist unredlich, Frau Creutz.

Zudem habe ich allen Ausschussmitgliedern bereits vor langer Zeit eine Einsicht in alle Lastenhefte zugesagt. Im Mai 2010 habe ich hier an diesem Rednerpult in aller Öffentlichkeit daran erinnert - ich zitiere mich gerne selbst ... (*Allgemeines Gelächter*) ...: „Wir haben den Mitgliedern des Parlaments sogar angeboten,“ - das scheint vergessen worden zu sein - „diese ganzen Akten und Lastenhefte einzusehen. Wir wagen ein Maximum an Transparenz.“ Das habe ich hier vor einigen Monaten gesagt. Wenn Sie dieses Angebot noch immer nicht wahrgenommen haben, dann ist das nicht meine Schuld. Zudem habe ich Ihnen weitere Ausschusssitzungen zu diesem Thema angeboten: „So viele, wie Sie wollen“, habe ich gesagt. Auch dieses Angebot haben Sie nicht angenommen und auch das ist nicht meine Schuld.

Zum Verfahren: Kollege Braun hat die Situation am Dienstag in einem einzigen Satz zutreffend beschrieben. Ich zitiere ihn: „Ich werde nicht auf die missliche Lage eingehen, in der sich die Deutschsprachige Gemeinschaft wegen eines Kräftemessens zwischen dem Föderalstaat und der Europäischen Kommission befindet.“ Mehr hat er dazu nicht gesagt,

und das ist auch gut so, wenn wir die Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wahren möchten.

Was Sie aber hier vorgetragen haben, Frau Creutz, das war und das ist immer noch brandgefährlich. Und das wissen Sie auch. Das ist der Grund, der einzige Grund, weshalb es den Ministerpräsidenten und mich selbst während Ihrer Stellungnahme kaum noch auf dem Stuhl gehalten hat, wie der BRF richtigerweise gemeldet hat. Ich will nicht näher darauf eingehen, sonst verschlimmere ich selbst noch die Situation. Sie wissen aber ohnehin, was ich meine. Gerade Sie, Frau Kollegin Creutz, wissen das. Sie sitzen bekanntlich aufgrund Ihres anderen Mandats als Mitglied des Gemeindegremiums der Stadt Eupen in Sachen PPP im selben Boot wie die Deutschsprachige Gemeinschaft. Die Stadt Eupen ist in diesem Verfahren genauso Vertragspartner wie die Deutschsprachige Gemeinschaft. Wir beide haben uns noch letzte Woche mit dem gesamten Gemeindegremium darüber unterhalten. Die Stadt Eupen hat Zugang zu denselben Informationen wie ich selbst. Da behaupten gerade Sie, Ihnen fehlten Informationen!

Nun werden Sie wahrscheinlich wieder sagen, das sei ein anderer Hut. Wir dürften Ihren Hut als Mitglied des Parlaments nicht mit Ihrem anderen Hut als Mitglied des Gemeindegremiums vermischen. Schön und gut, Frau Kollegin, ich glaube Ihnen sogar, dass Sie zwei Hüte haben ... (*Allgemeines Gelächter*) ..., aber Sie können doch nicht zwei Köpfe haben. Sie sind doch völlig unabhängig von Ihrer Hutwahl ein und dieselbe Person mit ein und demselben Gedächtnis. Völlig unabhängig von der Anzahl Ihrer Hüte handelt es sich hier doch um ein und dasselbe PPP-Projekt, um ein und dasselbe Verfahren.

Ich wiederhole hier, was ich unter anderem schon im März 2010 in aller Öffentlichkeit gesagt habe, und das können Sie im *Grenz-Echo* nachlesen: „Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat für dieses komplexe Projekt das einzige praktikable Verfahren angewandt, das in der belgischen Gesetzgebung für so komplexe Projekte zur Verfügung steht. Wir wissen natürlich, dass die Europäische Kommission sich ein anderes Verfahren gewünscht hätte, den sogenannten wettbewerblichen Dialog, der dem von uns gewählten Verfahren in der Praxis übrigens sehr nahe kommt, zumal wir das Projekt europaweit ausgeschrieben haben. Dieses Verfahren steht uns formal in Belgien nicht zur Verfügung, weil Belgien die entsprechende Richtlinie aus dem Jahre 2004 nicht umgesetzt hat.“

Der Ministerpräsident hat bereits in seiner Regierungserklärung im Mai zu diesem PPP ausdrücklich auf dieses Problem hingewiesen. Das hierfür notwendige Gesetz hat das föderale Parlament zwar im Jahre 2006 verabschiedet, deshalb ist das Ganze auch keine Parlamentsangelegenheit mehr, Frau Creutz. Die föderale Regierung hat es jedoch bis dato jedenfalls unterlassen, die entsprechenden Ausführungserlasse zu diesem Gesetz zu verabschieden. Weder das Parlament noch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können das Problem lösen. Das kann nur die föderale Regierung.

Der ehemalige belgische Finanzminister und heutige Präsident der Europäischen Investitionsbank, Herr Maystadt, den Kollege Frank am Montag zu Recht zitiert hat, hat das Problem übrigens bereits am 1. März sehr gut in einem BRF-Interview beschrieben. Ich zitiere ihn: « Le problème c'est qu'il n'y a pas d'accord entre la Commission et l'Etat belge, parce que la Commission prétend que l'Etat belge n'a pas correctement transposé les directives sur les marchés publics et que par conséquent, la procédure suivie par la Communauté germanophone n'est pas correcte. Il y a des discussions entre juristes. Je peux vous dire qu'entre la Communauté germanophone et la Banque européenne d'investissement, il y a un accord, il faut maintenant régler le problème à un niveau supérieur entre la Commission européenne et l'Etat belge. » Er fügte hinzu: « J'espère personnellement qu'ils trouveront rapidement une solution parce que ce serait dommage que la banque ne puisse pas soutenir un projet qui est incontestablement un projet bien conçu, bien pensé et qui s'inscrit tout à fait dans cette période de lutter contre le changement climatique. » So weit Philippe Maystadt, Präsident der Europäischen Investitionsbank am 1. März 2010 im BRF-Interview.

Besser kann man die Situation, in der wir uns befinden, nicht umschreiben. Wie Sie selbst gesagt haben, Frau Creutz, arbeiten wir zurzeit eng, konstruktiv und sehr vertrauensvoll sowohl mit der Kanzlei des belgischen Premierministers als auch - und das möchte ich besonders hervorheben - mit unserem Europaabgeordneten zusammen, damit das Problem gelöst werden kann. Die Zusammenarbeit mit unserem Europaabgeordneten in dieser Akte, die er sehr gut kennt, funktioniert hervorragend. Ich bin dem Europaabgeordneten für seine wertvolle Unterstützung dankbar, sehr dankbar sogar. Darauf werde ich in den nächsten Wochen möglicherweise noch zurückkommen.

Zu den Kosten: Wie bereits mehrfach gesagt, dürfen wir aus vergaberechtlichen Gründen, eben weil wir uns an die Vorgaben der Europäischen Kommission halten möchten, bis zum 21. Dezember dieses Jahres keine Zahlen öffentlich verbreiten. An dieses Verbot werde ich mich genauso halten wie die Abgeordneten. Die meisten Zahlen, die ich in der Öffentlichkeit vernommen habe, entbehren leider jeder Grundlage. Einige Zahlen haben aber auch ihre Berechtigung. Die Frage ist nur, was man immer darunter versteht. Der eine spricht nämlich von den Investitionskosten, der andere rechnet die Zinsen hinzu, wiederum andere rechnen sogar den Energieverbrauch und den Unterhalt hinzu. Kollege A. Velz hat Recht: Wir müssen uns auf eine gemeinsame Sprache verständigen. Ich möchte heute nur sehr kurz und abschließend einen Beitrag dazu leisten, eine solche gemeinsame Sprache zu finden, ohne die vergaberechtliche Stillschweigepflicht zu verletzen.

Die Gesamtkosten für den Bau, die gebäudespezifische Ausstattung, die Außenanlagen, die Baunebenkosten, die Umzugskosten und die Kosten der Bauzeitfinanzierung bewegen sich im Rahmen unserer häufig genannten Schätzung von 150 Millionen Euro inklusive Mehrwertsteuer, wobei die Zinsen natürlich noch bis zum 21. Dezember 2010 variieren können.

Wir sind mit dem erzielten Verhandlungsergebnis zufrieden. Der ausgehandelte Quadratmeterpreis liegt unter dem, was in unserer Gemeinschaft üblicherweise für Schulen aufgebracht werden muss, obwohl wir sehr hochwertige Baumaterialien verwenden und obwohl ganze 49 % der insgesamt 63.373 m² im Passivhausstandard gebaut werden. Dieser Betrag wird teilweise über einen Eigenanteil der Deutschsprachigen Gemeinschaft und teilweise über PPP finanziert. Für den Anteil der Gemeinschaft sehen wir eine Laufzeit von 20 Jahren, für den PPP-Anteil eine Laufzeit von 24 Jahren vor.

Daraus ergibt sich die von Kollege Braun genannte Gesamtbelastung bis zum Jahre 2038 von 258 Millionen Euro inklusive Zinsen. Diese Summe wird wegen der Zinsentwicklung voraussichtlich noch ansteigen, wie Kollege Braun ebenfalls zu Recht angemerkt hat. Wir sollten in der Tat nicht lange mit variablen Zinsen arbeiten. Hinzu kommen dann natürlich noch die Kosten für den Energieverbrauch, die Reinigung und den Unterhalt. Das sind Kosten, die aber völlig unabhängig vom PPP ohnehin anfallen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang lediglich Folgendes: Dank hochwertiger Baumaterialien und dank des Passivhausstandards können diese Kosten eingegrenzt werden. Alleine die Kosten für den Energieverbrauch werden deutlich reduziert. Zweitens - Kollege Velz hat es bereits angedeutet - sehen wir jetzt schon ausreichend Mittel für den jährlichen Unterhalt der Gebäude vor und verpflichten somit unsere Partner, uns 2038 hochwertige Gebäude zu hinterlassen. Wir nehmen also heute eine zusätzliche Belastung in Kauf, um zu verhindern, dass kommende Generationen noch einmal einen solchen großen finanziellen Kraftakt stemmen müssen. Mehr kann und darf ich heute zu den Zahlen nicht sagen. Die Mitglieder von Ausschuss III kennen alle Zahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Servaty hat uns am Montag in diesem Zusammenhang zum Mut zur Verantwortung aufgefordert. Er hat recht. Wir können die

Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler nicht länger auf diese Investitionen warten lassen. Wir haben hinreichend nachgewiesen, dass diese Investitionen notwendig und finanzierbar sind. Jetzt muss entschieden werden. Wir sind dazu bereit. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesem Haushalt zuzustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

DER PRÄSIDENT: Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdiskussionen erlauben Standortbestimmungen. Welche Schlussfolgerungen sind nun aus den Beratungen in den Ausschüssen und aus den Debatten vom vergangenen Montag und Dienstag zu ziehen? Mehrheit und Opposition beurteilen die Dinge grundsätzlich anders. Die Regierung vertritt eher den Standpunkt der Mehrheit. ... (Vereinzelt Gelächter) ... Wen mag das überraschen?

HERR BRAUN (aus dem Saal): Das ist schön ausgedrückt!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Aber auch die Aussagen der Opposition lassen die eine oder andere interessante Anregung erkennen.

Kolleginnen und Kollegen, Demokratie ist und bleibt das kontroverse Ringen um den besten Weg in die Zukunft. Aus meiner Sicht besteht kein Anlass, meine Aussagen im Rahmen der Haushaltsvorstellung am 25. Oktober 2010 grundsätzlich zu revidieren. Die Debatten haben keinen Anlass gegeben, an der Tauglichkeit der Haushalte zu zweifeln. Allerdings sind zahlreiche Anregungen zu Verbesserungen und zur Vertiefung von Konzepten zur Zukunftsgestaltung vorgetragen worden. Genau wie meine Kollegin und meine Kollegen habe ich dem sehr genau zugehört.

Mein heutiges Anliegen lässt sich ganz einfach zusammenfassen. Ich werde zum Abschluss der diesjährigen Haushaltsdebatte aus Sicht der Regierung auf gewisse Bemerkungen antworten. Ich werde nochmals versuchen, den finanzpolitischen Kurs der Regierung zu verdeutlichen und werde mich auch bemühen, die vor uns liegenden Herausforderungen zu identifizieren und zu kommentieren. Dabei möchte ich die Probleme beim Namen nennen und nichts beschönigen oder gar vertuschen. Ich möchte jedoch auch keinen Zweifel daran lassen, dass es der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anbetracht der krisenbedingten Umstände durchaus gut geht und dass ihr überaus interessante Zukunftsperspektiven offenstehen.

Nein, Kollege Frank, wir betrachten die Realität nicht durch eine rosarote Brille und wir betreiben auch keine Schwarzmalerei oder gar Panikmache. Wir versuchen, eine realistische Sicht auf die Dinge zu entwickeln und uns dabei vor allem an Fakten zu halten. Wir stehen mit beiden Füßen fest auf dem Boden, im Gegensatz zu dem, was man uns hier nachsagt und was übrigens einen besonderen Umgang mit der Schwerkraft voraussetzen würde. ... (Vereinzelt Gelächter) ... Wir stehen mit beiden Füßen auf dem Boden, im Gegensatz zu denen, die die krisenbedingte Neuverschuldung lauthals anprangern, aber in jedem Satz ihrer Reden neue Ausgaben in Millionenhöhe einklagen und sich gleichzeitig weigern, auch nur andeutungsweise zu sagen, woher das Geld kommen soll.

Das stimmt nicht ganz, denn eine Andeutung machen sie: Es gibt ja immer noch den Haushalt der Regierung mit seinen 2,9 Millionen Euro, sprich: 1 % des Gesamthaushalts. Wenn man aber mit diesen 2,9 Millionen Euro all die vorhin geforderten Zusatzausgaben bezahlen will – Kollege Paasch ist mit dem Notieren kaum nachgekommen, wie er eben sagte –, dann muss man die Regierung nicht nur abschaffen, sondern muss sie gleich vier-, fünf- oder sechsmal abschaffen. Wie das gehen soll, kann ich mir noch nicht so ganz vorstellen.